



# ComVor – mehr haben wir aber nicht

Von Kai Christ, Landesvorsitzender der GdP Thüringen



ComVor heißt das Reizthema der Thüringer Polizei zurzeit. Der GdP-Landesvorsitzende steckt verbale Prügel von Mitgliedern ein, weil die von dem neuen Vorgangsbearbeitungsprogramm so genervt sind, dass gefühlt nur die Erwähnung des Wortes „ComVor“ zu Bluthochdruck führt. Es ist wie so oft in der Thüringer Polizei eine Mischung aus vielen Komponenten, die zu dieser Situation führte. Transparenz ist wie immer Mangelware gewesen, so scheint mir. Die Projektverantwortlichen haben sich redlich bemüht, Transparenz walten zu lassen. Deren Aufgabe konnte es aber nicht sein, in jeder Dienststelle jede/n Sachbearbeiter/-in zu unterrichten. Dafür waren die Behörden selbst verantwortlich. Dieser Informationsaufgabe scheinen die Behörden der Thüringer Polizei doch sehr unterschiedlich nachgekommen zu sein. Dieser Fakt ist leider nicht mehr zu ändern. Was aber geändert werden muss, sind die Beanstandungen an ComVor selbst, die unsere Sachbearbeiter/-innen aufzeigen.

Es gilt für mich Folgendes festzustellen: Erstens, die Thüringer Polizei hat sich vor einigen Jahren schon dazu ent-

schlossen, die Zusammenarbeit mit der bayrischen Polizei in Bezug auf IGVP aufzulösen. Über die Hintergründe gibt es wie immer mehr Gerüchte als Klarheiten, von zu teuer, über es gibt keinen Support von Microsoft mehr, bis hin zu es ist zu veraltet. Fakt ist, die Thüringer Polizei hat sich unwiederbringlich von IGVP getrennt.

Zweitens, ComVor ist so extrem langsam und zeitraubend, dass die Kollegen/-innen des Streifeneinzeldienstes den Anteil ihres Außendienstes deutlich reduzieren müssen. Die Kollegen/-innen der Ermittlungsdienste und Kriminalpolizeidienststellen werden deutlich weniger Vorgänge in der ihnen zur Verfügung stehenden Zeit abarbeiten, damit einher geht ein Mangel an Zeit für die eigentliche Ermittlungsarbeit. Es gibt womöglich Menschen, die meinen, der Fakt, mehr Zeit im warmen und trocknen Büro verbringen zu müssen, sollte Beamten/-innen doch zufrieden stimmen. Diese Menschen kennen weder uns noch unser Berufsbild noch unser Selbstverständnis. Mit mehr Blau auf der Straße wird das so übrigens wieder nichts. Darüber müssen sich Verantwortungsträger eben im Klaren sein und die aufgezeigten Folgen vertreten.

Die deutlich verlängerte Arbeitszeit, welche für die Abarbeitung eines Vorganges jetzt notwendig geworden ist, stellt im Vergleich zu den Defiziten, welche die momentanen Recherchemöglichkeiten aufweisen, dass immer noch „kleinere“ Übel dar. Recherche ist ein elementarer Bestandteil des Schutzes unserer Kollegen/-innen und unerlässlich, um Zusammenhänge in Verfahren zu erkennen und zu finden. Ja, ComVor ist nicht das, was wir bis „gestern“ noch kannten. Es ist aber jetzt mal das was wir haben. Wir bekommen es durch wütende Diskussionen nicht weg. Wir müssen jetzt vielmehr, neben unserer täglichen Arbeit, mithelfen, aus dem thüringischen ComVor ein Vorgangsbearbeitungssystem zu gestalten, das den Bedürfnissen unserer Kollegen/-innen entspricht

und ihnen ermöglicht ihren Job zu machen. Was heißt das jetzt genau? Ich lade euch ein, über eure Personalräte, eure Gewerkschaft und eure Vorgesetzten, jedes Problem zu benennen und auf Abstellen desselben zu drängen.

Die Einführung von ComVor macht aus meiner Sicht aber noch etwas deutlich. Wo sind eigentlich unsere Bürosachbearbeiter/-innen und Schreibkräfte hin? Der Personalabbau in der Thüringer Polizei hat eben nicht nur die Polizeivollzugsbeamten/-innen getroffen, Tarifbeschäftigte sind uns irgendwie ganz leise verlorengegangen. Ich brauche nicht viel Phantasie um mir vorzustellen, was es für unsere Kollegen/-innen bedeuten würde, wenn pro Schicht in Abhängigkeit der Dienststellengröße ein oder zwei Tarifbeschäftigte vorhanden wären, um einen Vorgang zu erfassen. In Kriminalpolizeidienststellen und Ermittlungsdiensten haben in meinen schwächer werdenden Erinnerungen noch vor Jahren Kollegen/-innen aus dem Tarifbereich den Teil von Polizeiarbeit, der nichts mit Vollzugsaufgaben zu tun hatte, in vielen Teilen erledigt. Der Einsatz von Tarifbeschäftigten ist keine Lösung, um ComVor zu verbessern, aber er ist sehr geeignet, mehr Blau auf die Straße zu bringen. Auch Ermittlungstätigkeiten von Ermittlern und Kriminalisten müssten womöglich nicht zwischen dem Fertigstellen einer Beschuldigtenvorladung und dem Schreiben einer Zeugenvernehmung eingeschoben werden. Mehr Tarifbeschäftigte täten uns einfach gut. Wer in seinem Dienstbereich noch Tarifbeschäftigte finden kann, den bitte ich heute einfach mal hinzugehen und Danke zu sagen, denn die wenigen Tarifbeschäftigten haben dafür gesorgt, dass wir auch im Bereich der Beamten/-innen im Thüringer Polizei- und Justizdienst über die Übernahme eines Tarifabschlusses reden.

**Bis zum nächsten Monat, Euer Kai**



# Erfurter Polizei zur Versammlung gerufen

**Erfurt (wg). Der Personalrat der LPI Erfurt hatte am 6. Februar 2019 zu einer Personalteilversammlung eingeladen. Das Personal der Inspektionsdienste Erfurt Nord und Süd war eingeladen, um den Geschäftsbericht der örtlichen Personalvertretung anzuhören.**

Die Personalversammlung wurde gleichzeitig mit einer Dienstversammlung für diesen Bereich verbunden und es wurde dafür die Mensa in der Kranichfelder Straße genutzt. Lt. PD Jürgen Loyer als LPI-Leiter stellte sehr transparent die Erledigungen, Einsatzlagen und Problemfelder der Dienststelle dar. Sehr offen wurde dabei auch über den Personalmangel in der LPI Erfurt berichtet. Dabei gilt es den Stellenabbaupfad gleichmäßig zu verteilen, um mit den Personalressourcen gleichmäßig umzugehen. Es wurde dabei dargelegt, dass für einen Personalzuwachs im Einsatz- und Streifendienst und damit mehr Zugänge von der Polizeischule als Pensionsabgänge derzeit noch nicht zu rechnen ist.

Als großes Problem stellte sich dabei die eigentliche beschlossene Abgabe der Begleitung von Schwerlasttransporten dar. Die Abgabe der

damit das System so funktioniert, wie es sich unsere Bediensteten an der Basis vorstellen.

Olaf Alperstedt, als Vorsitzender des örtlichen Personalrates, stellte die Tätigkeiten der Personalvertretung dar. Die Probleme seien sehr vielfältig gewesen, konnten aber in der ganz überwiegenden Mehrzahl gemeinsam mit der Dienststellenleitung gelöst werden. Dabei spielte die Verteilung von Personalführungen eine große Rolle. Kritisiert wurden zusätzliche Aufgaben, welche von der Mittelbehörde LPD in hohem Zeitdruck von die Polizei Erfurt abverlangt werden. Das Einsatzlagen, und damit sind auch Fußballeinsätze gemeint, Kräfte binden, sollte an dieser Stelle klar sein.

Aus gewerkschaftlicher Sicht gilt es, sich weiter für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen und zu kämpfen und bei der Politik für ausreichende Einstellungen im Polizeivollzugsdienst zu werben. Die Thüringer Polizei arbeitet an der Belastungsgrenze. Sie muss mit ihren Personalressourcen schonend umgehen und polizeifremde Aufgaben zwingend abgeben. Dies ist stetig dem zuständigen Minister und der Landespolitik darzulegen damit die Thüringer Polizei weiterhin erfolgreich für die Bürger arbeiten kann.



Leistung hatte die Politik entschieden, ist aber bis zum heutigen Tag in der Praxis nicht angekommen. Im Ergebnis bedeutet das, dass diese Aufgaben mit dem geringeren Personal trotzdem gemeistert werden müssen. Zudem war das neue IT-System „ComVor“ Thema, welches nach der Einführung noch einige Fragen für die Anwender offenlässt. Hierbei ist es wichtig die technischen Lösungen für die Thüringer Polizei zu finden,



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Thüringen

**Geschäftsstelle:**  
Auenstraße 38 a  
99089 Erfurt  
Telefon: (0361) 59895-0  
Telefax: (0361) 59895-11  
E-Mail: gdp-thueringen@gdp.de  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Redaktion:**  
Edgar Große (V.i.S.d.P.)  
Telefon: (01520) 8862464  
E-Mail: edgar.grosse@gdp.de

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41  
vom 1. Januar 2019

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87  
ISSN 0949-2828



Olaf Alperstedt erstattet Bericht

Foto: Gäbler



JUNGE GRUPPE

# 10. Blaulicht-Milieu-Party

**Erfurt. Die Blaulicht-Milieu-Party jährt sich dieses Jahr zum zehnten Mal. Angefangen hat die Idee zu dieser Feier auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei im Jahr 2008/2009.**

Angesprochen hatte mich „Blacky“, welcher damals noch in der Einsatzhundertschaft seinen Dienst verrichtete. Hier waren wir gemeinsam bei einer Hundertschaftsfeier anwesend. Ich arbeitete damals noch im Rettungsdienst Erfurt und hatte einige Freunde, welche bei der Polizei in Thüringen arbeiteten. So kam es, dass ich mit Blacky ins Gespräch kam und wir über eine gemeinsame Feier der Organisationen Polizei, Rettungsdienst etc. nachgedacht haben. Einige Bundesländer hatten so eine Feier schon seit Jahren erfolgreich durchgeführt.

Da wir hier auch mit anderen Kollegen darüber ins Gespräch kamen, musste eine entsprechende Lokalität her. Hier sind wir einstimmig auf den Presseklub in Erfurt gekommen. Diese Tanzbar hatte einen guten Ruf und auch entsprechendes Publikum. So kam es, dass wir im Laufe der Zeit an einem Wochenende im Presseklub feiern waren. Hier haben wir den Betreiber des Presseklubs direkt angesprochen und ihm unser Vorhaben mitgeteilt. Dieser war anfangs kritisch, ob so eine Veranstaltung auch genügend Interessenten anzieht. Er ließ es auf einen Versuch ankommen und so kam es, dass wir am 4. 6. 2010 unsere erste Blaulicht-Milieu-Party im Presseklub Erfurt veranstalteten. Entsprechende Sponsoren waren schnell gefunden. So konnten wir zu jeder Party entsprechendes Freibier und Freisekt vorhalten.

Ebenso gab es am Einlass eine kleine Überraschung. Die erste Feier hat ein so großes Interesse erzeugt, dass wir seit 2009 jedes Jahr eine entsprechende Veranstaltung organisiert haben.

Dank unserer Sponsoren konnten wir seit 2009 immer für einen reibungslosen Ablauf garantieren. Daher nochmals besten Dank an Andre Göpfert, der im Namen des Polizeisozialwerks Sachsen/Thüringen für unsere kleinen Überraschungen am Einlass sowie entsprechende Getränke sorgte, und auch an die Signal-Iduna Versicherung AG, welche uns mit finanziellen Mitteln unterstützte und zu guter Letzt Getränke-Waldhoff, die uns immer mit frischem Fassbier versorgt haben. Und wir hoffen im Namen der Jungen Gruppe, dass wir in den nächsten Jahren die Party so fortsetzen können.

T.H.

**10. BLAULICHT-MILIEU-PARTY ERFURT**  
 POLIZEI - RETTUNGSDIENST - FEUERWEHR - KLINIKPERSONAL - THW - JUSTIZ - ZOLL - BUNDESWEHR

Karten über die GdP-Geschäftsstelle in Erfurt  
 0361/598950

- EINLASS NUR MIT DIENSTAUSWEIS -  
**03.05.2019 - 21.00 Uhr**  
**Presseklub Erfurt**  
 EINTRITT & SHUTTLE MIT GDP-MITGLIEDSAUSWEIS FREI  
 FREIBIER / FREISEKT - SOLANGE VORRAT REICHT

**JUNGE GRUPPE**  
 Gewerkschaft der Polizei

Polizeiverband Sachsen/Thüringen e.V.

WALDHOFF  
 Getränkewirtschaft

PVAO Polizeigerichtshilfe-AG  
**SIGNAL IDUNA**  
 gut zu wissen

f **BLAULICHT-MILIEU-PARTY ERFURT**



# Abschluss erst nach zähen Verhandlungen

Von Kerstin Henniger und Edgar Große

**Erfurt/Potsdam. Anstrengende Verhandlungswochen liegen hinter uns. Wochen, in denen eine Vielzahl von Euch auf die Straße gegangen sind und öffentlich für eine gerechte Bezahlung gestreikt hat. Dafür möchten wir, der Landesvorsitzende, Kai Christ und ich, die die GdP Thüringen in der Bundestarifkommission vertreten haben, Euch danken.**

Es war die mit Abstand schwierigste Verhandlungsrunde, die wir hautnah erleben durften. Das abschließende Ergebnis, das am späten Abend des 2. März 2019 in Potsdam verkündet wurde, ist ein fairer Kompromiss, den ihr auch finanziell spüren werdet. Wir sind mit sechs Prozent für ein Jahr Laufzeit in die Verhandlungen gegangen, herausgesprungen sind am Ende acht Prozent, die sich auf 33 Monate verteilen. Darüber hinaus wurde bei Berufseinsteigern ordentlich angehoben, um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu erhöhen. Die Details wurden im Flyer Info4\_Tarif\_2019\_Tarifabschluss veröffentlicht.

Neben den nackten Zahlen möchte ich an dieser Stelle auf einen weiteren, kaum beachteten Erfolg hinweisen. Die Arbeitgeber hatten angedacht, sämtliche Arbeitsvorgänge (§ 12 TV-L) anzufassen, was ihnen generell die sicher gern wahrgenommene Möglichkeit gegeben hätte, bei einer Vielzahl von Arbeitsleistungen bundesweit Herabgruppierungen vorzunehmen. Das Aufspaltungsverbot wäre demzufolge gekippt worden. Diesen Angriff auf die Grundla-



Die Redner der GdP bei den Demos

Fotos: Große/Oschatz

gen der Entgeltordnung konnten die Gewerkschaften erfolgreich abwehren. Selbst unter den Arbeitgebern herrschte hier keine Einigkeit. Der Preis dafür ist eine unüblich lange Laufzeit, die wir so nicht gewünscht haben und die Einfrierung der Jahressonderzahlung (§ 20 TV-L) auf dem Niveau von 2018 bis 2022.

Die Tarifverhandlungen haben natürlich Auswirkungen auf den Beamtenbereich. Die Thüringer Finanzministerin, Frau Heike Taubert, begrüßte ebenfalls das Ergebnis und bringt die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten/-innen und Versorgungsempfänger/-innen ins Kabinett ein. Über den Fortgang werden wir weiter berichten.

**Kerstin Henniger**

Zwischen der zweiten und der dritten Verhandlungsrunde hatten die Gewerkschaften den Druck auf die Arbeitgeber nochmals deutlich erhöht. Am 7. Februar 2019 folgten rund 250 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, unter ihnen mehr als 50 Tarifbeschäftigte und Beamte aus der Polizei, dem Aufruf der Gewerkschaften und demonstrierten von der Staatskanzlei in Erfurt. Redner aller Beschäftigungsbereiche informierten über die aktuellen Probleme in ihren jeweiligen Bereichen. Schlechte Eingruppierung, schlechte Bezahlung, zu wenig Personal, ständig steigende Aufgaben, das alles waren gute Gründe, einen anständigen Tarifabschluss von den Arbeitgebern zu fordern. Kai Christ sprach für den Polizeibereich. Dort das gleiche Bild wie in anderen



TARIFRUNDE 2019

Beschäftigungsbereichen. Trotz höherer Einstellungszahlen ist die personelle Talsohle in Thüringen immer noch nicht erreicht. Tarifbeschäftigte werden mit Einkommensgruppen E3 oder bestenfalls E5 eingestellt. „Selbst bei langjähriger Beschäftigung werden die daraus resultierenden Renten nicht vor Altersarmut schützen“, beklagt Christ. Häufig sei die ausgeübte Tätigkeit jedoch viel anspruchsvoller, die Eingruppierung könnte also deutlich höher ausfallen.

Hauptkampftag für die Thüringer Beschäftigten des öffentlichen Dienstes war aber der 25. Februar 2019. Die GdP hatte die Tarifbeschäftigten der Bußgeldstelle in Artern zum Streik aufgerufen. Rund 50 Beschäftigte hatten sich in die Streiklisten der GdP eingetragen. Nach einem Streikfrühstück vor der Dienststelle fuhren die Streikenden mit dem Bus nach Jena, wo die zentrale Veranstaltung für Thüringen stattfand. Mehr als 1500 Teilnehmer aus ganz Thüringen waren nach Jena gekommen, darunter auch mehr als 100 Polizeibeschäftigte. Nach einer Auftaktkundgebung vor dem Universitätshauptgebäude demonstrierten die Teilnehmer durch Jena. Vor der Landespolizeiinspektion wurden sie von Mitarbeitern aller Beschäftigungsformen und von Senioren begrüßt.

Edgar Große bekräftigte die Tarifforderungen der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes. Ihn ärgere besonders, dass die Arbeitgeber gebetsmühlenartig über die hohen Kosten des Tarifabschlusses jammern, gleichzeitig aber Milliarden Steuergelder in sinnlosen Großprojekten in den Berliner Sand gesetzt oder im Stuttgarter Untergrund vergraben würden. Der öffentliche Dienst sei zwar das Rückgrat unserer Gesellschaft, die Arbeitsleistung der Beschäftigten soll aber nach Möglich-



keit nichts kosten. Das könne nicht funktionieren, betonte Große

Die Abschlusskundgebung fand auf dem Jenaer Holzmarkt statt. Erster Redner war der stellv. Bundesvorsitzende der GdP für Tarif, René Klemmer. Er verwies auf die außerordentliche Bedeutung des öffentlichen Dienstes für das Gemeinwesen. In der Folge begründete er die Tarifforderungen und erläuterte, warum diese

Forderungen für die öffentlichen Arbeitgeber auch bezahlbar seien. „Die Rede hat mir gut gefallen. Kurz, prägnant, unsere Meinung sehr gut vertreten“, kommentiert Burkhard Gieske aus Apolda den ersten Auftritt des neu gewählten stellv. Bundesvorsitzenden in Thüringen. Insgesamt war bei den Teilnehmern der Wille zu verspüren, einen ordentlichen Tarifabschluss zu erzwingen. **Edgar Große**



# Wahlen und Informationen

**Jena (sv). Die Senioren der Kreisgruppe Jena haben bei vorgezogenen Wahlen einen neuen Vorstand gewählt. Zudem gab es vielfältige Informationen zu den Themen Rechtsänderungen, Rentenbesteuerung, Pflegegeld und persönliche Vorsorge.**

Die Senioren hatten erst im Februar 2018 einen neuen Vorstand gewählt. Die geänderte Richtlinie der GdP Thüringen für die Arbeit der Senioren legt jedoch fest, dass die Seniorengruppen in den Kreisgruppen künftig ihre Vertreter für den Landesseniorenvorstand jeweils vor dem Landesseniorentag wählen müssen. Der nächste Landesseniorentag findet im Herbst 2019 statt und so entschloss sich die Seniorengruppe, die ohnehin geplante Info-Veranstaltung gleich als Mitgliederversammlung zu nutzen und den Vorstand neu zu wählen. Kurz gesagt, der alte Vorstand ist auch der neue Vorstand. Edgar Große wurde zum Vorsitzenden gewählt, Bernd Eichhorn und Burkhard Gieske sind seine Stellvertreter und Heinz Folgmann, Sigrid Große, Siegfried Jantschek und Petra Oschatz arbeiten als Beisitzer. Neben Edgar Große ist Bernd Eichhorn der zweite Vertreter im Landesseniorenvorstand.

Im anschließenden Informationsteil erläuterte Edgar Große aktuelle Rechtsänderungen in der Rentenversicherung, bei Steuern und Mieten und zum Führerscheinumtausch. Großes Interesse fand erneut das Thema Rentenbesteuerung. Wichtig dabei ist, dass nur von den Pensionen Steuern einbehalten werden, nicht aber von den Renten. Der individuelle Steuerfreibetrag, der in Abhängigkeit vom Renteneintritt für



Der alte und neue Vorstand

Foto: Archiv

jeden Rentner festgesetzt wird, errechnet sich zwar als Prozentsatz, die so ermittelte Höhe des Freibetrages bleibt zukünftig immer gleich. Rentenerhöhungen haben also keine Auswirkungen auf den Freibetrag, sie gehen voll in das zu versteuernde Einkommen ein. Die höchste Jahresbruttorente für einen Alleinstehenden, die steuerunbelastet bleibt ist nach Angaben des Bundesfinanzministeriums so von 17 538 € im Jahr 2005 auf 13 817 € im Jahr 2018 gesunken. Einkünfte darüber hinaus müssen versteuert werden. Für Ehepaare verdoppeln sich die Zahlen. Beträgt die Steuerschuld mehr als 400 € im Jahr, so verlangen die Finanzämter vierteljährlich eine Steuervorauszahlung.

Zum Pflegegeld informierte Edgar Große über die Entwicklung der Rechtsprechung von weiteren Landessozialgerichten und vom Bundessozialgericht in den letzten Wochen. Er berichtete auch über ein Gespräch, das er gemeinsam mit GdP-Landeschef Kai Christ mit dem Ministerpräsidenten Thüringens, Bodo Ramelow, geführt

hat. Ziel des Gespräches war die Information des MP über den aktuellen Sachstand und die Forderung an Thüringen, die Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes und der Landessozialgerichte der Ostländer anzuerkennen und umzusetzen, ohne dass dazu in Thüringen der gesamte Rechtszug nochmal durchlaufen werden muss. Ramelow habe die Prüfung der Sachlage zugesagt.

Zur persönlichen Vorsorge informierte der Seniorenvorsitzende über Konsequenzen des BGH-Urteils, Az.: XII ZB 61/16 v. 6. 7. 2016. Danach müssen insbesondere Patientenverfügungen wesentlich präzisiert gefasst werden. Formulierungen wie „ich wünsche keine lebensverlängernden Maßnahmen“ reichen nach Ansicht des Gerichts nicht aus, um konkrete Pflichten für Ärzte daraus abzuleiten. Es muss also der konkrete Gesundheitszustand beschrieben werden und die Maßnahmen, die dann noch durchgeführt oder unterlassen werden sollen. Es empfiehlt sich in jedem Falle, sich dabei fachkundiger Beratung zu bedienen. Das kann der Hausarzt sein, es gibt aber auch Unternehmen, die Hilfe anbieten. Von Zeit zu Zeit empfiehlt sich auch eine Überprüfung der getroffenen Festlegungen, da sich ja auch die Medizin entwickelt und früher unheilbare Krankheiten inzwischen ganz gut beherrscht werden, ohne dass die Lebensqualität allzu sehr darunter leidet. Große richtete die dringende Bitte an die Teilnehmer, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen und geeignete Regelungen für sich selbst zu treffen, anstatt nur darauf zu hoffen, dass andere dies schon für einen tun werden.



Aufmerksame Zuhörer bei den Informationen

Foto: Prsille



SENIORENJOURNAL

# Sportlich ins neue Jahr

**Suhl. Einer guten Tradition folgend, begann auch 2019 für die Senioren mit einer sportlichen Veranstaltung im Februar. Da zurückliegend festgestellt wurde, dass sich Termine der Seniorengruppe der GdP-Kreisgruppe Suhl mit Terminen der IPA Verbindungsstelle Südthüringen überschneiden, schafften wir es diesmal, einen Bowlingnachmittag zusammen zu gestalten.**

Am Donnerstag, 21. Februar 2019, trafen sich 29 Kolleginnen und Kollegen um 16.30 Uhr auf der Bowlingbahn des Hotels „Kloster“

in Rohr. Nach kurzer Beratschlagung einigten wir uns auf einen Wettkampf. Ein Zettel wurde herumgereicht, und jeder, der teilnehmen wollte, trug sich ein. Wir teilten die 23 Sportler/-innen in drei Gruppen. Bahn 2 Senioren der GdP, Bahn 3 Mitglieder der IPA und Bahn 4 diejenigen, die sowohl in der GdP als auch in der IPA organisiert sind.

Die Zeit verging wie im Fluge. Pro Bahn waren sieben bis acht Teilnehmer angetreten. So blieb Zeit zwischen den Aufrufen zu Gesprächen mit den ehemaligen und auch aktiven Kolleginnen und Kollegen. Nach der ersten Runde wurde auch ans leibliche Wohl ge-

dacht, und die Hotelküche versorgte uns mit schmackhaften Speisen und Getränken. Davon etwas abgelenkt, dauerte die zweite Runde etwas länger, aber nach insgesamt drei Stunden stand das Ergebnis fest.

Abgesehen davon, dass die Gruppe Mitglieder IPA+GdP die meisten Pin umgeworfen hat, auch die Gruppe GdP-Senioren und die Gruppe IPA-Mitglieder haben sich wacker geschlagen. Als Resümee kann man sagen, es gab eigentlich nur Gewinner. Fest vorgenommen haben wir uns, dass diese Veranstaltung 2020 wieder stattfinden wird.

**Andreas Schauseil**



Impressionen

Fotomontage: Schauseil





# Struktur des Studiums in ...

## ... Sachsen

Die Ausbildung/das Studium an der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) in Rothenburg ist in zwei Fachrichtungen unterteilt: das Studium für den Computer- und Internetkriminalitätsdienst (CuIKD) und das klassische Studium für den Polizeivollzugsdienst. Das Studium für den CuIKD dauert aufgrund der Anrechnung eines notwendigen Vorstudiums im Bereich Informatik nur ein Jahr, welches in ein halbes Jahr Präsenzstudium an der Fachhochschule mit einigen Prüfungen und ein halbes Jahr Praktikum in einer Polizeidienststelle aufgeteilt ist. Am Ende steht die Ernennung zum Kriminalkommissar im CuIKD und eine Verwendung in der Kriminalpolizei im Bereich Cybercrime oder beim Landeskriminalamt in der Abteilung 3 Cybercrime-Competence Center (SN4C). Dem gegenüber dauert das Studium für den Polizeivollzugsdienst als Polizeikommissaranwärterin oder Polizeikommissaranwärter drei Jahre. Als erstes startet das Studium der Beamten in Ausbildung mit einem Jahr Vorstudium, welches neun Monate Präsenzstudium in Bautzen und drei Monate Praktikum in einer Polizeidienststelle beinhaltet. Dabei müssen die ersten drei Module erfolgreich mit einer Prüfung bestanden werden. Im anschließenden Hauptstudium treffen die Anwärterinnen und Anwärter auf die Aufstiegsbeamten der sächsischen Polizei und absolvieren die beiden letzten Jahre gemeinsam mit ihnen in Rothenburg. Auf dem engen Studienplan stehen weitere zehn Module, welche abermals erfolgreich mit einer Prüfung bestanden werden müssen. Darunter fallen unter anderem die Bereiche Strafrecht, Polizeiverwaltungs- und Versammlungsrecht sowie Einsatzlehre, Psychologie und Verkehrsrecht. Bei erfolgreichem Abschluss erfolgt die Ernennung zum Polizei- oder Kriminalkommissar sowie eine Verwendung in den Polizeidienststellen des Freistaates Sachsen oder sogar als Fachlehrer in einer der Polizeifachschulen.

**Jan Krumlovsky**

## ... Sachsen-Anhalt

Das Studium wird an der Fachhochschule Polizei (FH Pol) in Aschersleben durchgeführt und wird durch das Gesetz über die Fachhochschule der Polizei (FH-PolG) geregelt.

Seit 2010 gibt es den Bachelorstudiengang „Polizeivollzugsdienst“ (B.A.), der bei ACQUIN e. V. akkreditiert wurde. Der Modulkatalog umfasst 13 Module, in denen 180 ECTS-Punkten erreicht werden können. Jedes Modul wird mit einer Modulprüfung abgeschlossen. Die Studiendauer beträgt 36 Monate und jeder Studienabschnitt dauert sechs Monate.

Das Einführungsstudium an der FH beinhaltet die Module 1 bis 3, die Basiskompetenzen für Studium und Beruf, sowie die Grundlagen der polizeilichen Handels und der Kriminalitätsbekämpfung beinhalten.

Darauf folgt das Grundpraktikum (Modul 4), in den ersten zehn Wochen wird in der PI Zentrale Dienst Abt. 2 Landesbereitschaftspolizei praxisorientiertes Basiswissen vermittelt. Unter anderem werden die Befähigungen zum Führen von Dienst-Kfz und dem Bedienen von Atemalkohol- und Geschwindigkeitsmessgeräten erworben. Die restliche Zeit des Praktikums wird in den BuE im Einsatzdienst absolviert.

Das Grund- und das Hauptstudium werden direkt nacheinander an der FH-Pol absolviert und beinhalten die Module 5 bis 9. In diesen Modulen werden polizeiliche und kriminalpolizeiliche Themen behandelt.

Im Modul 10 (Hauptpraktikum) gibt es unter anderem den Gruppenführerlehrgang in LBP und es wird der Leistungsnachweis für den Kriminaldienst und Führungstätigkeit erbracht.

Das Abschlussstudium umfasst die Module 10 bis 12 und mit der Bachelorthesis (Modul 13) wird der Nachweis über wissenschaftliches Arbeiten erbracht. Mit dem Bestehen der Bachelorprüfung, die sich aus den einzelnen Modulprüfungen zusammensetzt, erwirbt man die Laufbahnbefähigung für den Polizeivollzugsdienst Laufbahngruppe 2 erstes Einstiegsamt.

**Jens Hüttich**

## ... Thüringen

Die Zuständigkeit für das Studium im gehobenen Polizeivollzugsdienst ergibt sich aus § 7 des Thüringer Polizeiorganisationsgesetzes. Die zuständige Bildungseinrichtung hat die Aufgabe, den Bachelorstudienjahrgang innerhalb des Vorbereitungsdienstes durchzuführen. Das Studium gliedert sich in Module mit fachtheoretischen Studienzeiten (Vorlesungen, Übungen, Seminaren, Projekten, handlungsorientierten Trainings sowie Selbststudium) und berufspraktischen Studienzeiten. Die Vermittlung polizeispezifischer Fertigkeiten erfolgt in handlungsorientierten Modulen als Bestandteil der fachtheoretischen Studienzeit. Die Bachelorarbeit einschließlich ihrer Verteidigung bildet ein gesondertes Modul. Hier soll nachgewiesen werden, dass polizei-relevante Themen und die damit verbundenen Problemstellungen mit wissenschaftlichen Methoden selbstständig bearbeitet werden können. Für die Erstellung können die Studierenden bis zu sechs Wochen von der Anwesenheitspflicht freigestellt werden. Sie ist in einem mündlichen Prüfungsgespräch vorzustellen und zu verteidigen.

In jedem fachtheoretischen Modul ist eine Modulprüfung abzulegen. Voraussetzung ist das Bestehen vorhergehender Modulprüfungen. Handlungsorientierte und mündliche Prüfungen können als Einzel- oder Gruppenprüfungen durchgeführt werden. Nicht bestandene fachtheoretische Modulprüfungen, Praktika sowie der Bachelorarbeit und deren Verteidigung können einmal wiederholt werden. Hat ein Studierender eine im letzten Studienjahr abzulegende Modulprüfung endgültig nicht bestanden, kann ihm auf schriftlichen Antrag innerhalb von zwei Wochen das Prüfungsamt die Befähigung für den mittleren Dienst zuerkennen.

Das Bachelorstudium dauert drei Jahre und mit dem Bestehen wird die Verleihung des Abschlusses „Bachelor of Arts“ bekundet.

**Monika Pape**

